



Prof. Dr. Helmut Schoeck
3. Juli 1922 – 2. Februar 1993.
Deutscher Sozialwissenschaftler.
Nach dem Abitur 1941 Studium
der Medizin, Philosophie und
Psychologie. Promotion bei
Eduard Spranger. Erste soziologi-
sche Veröffentlichungen.
Ab 1950 für 15 Jahre
Hochschullehrer in den USA.
Anschließend in Erlangen und
von 1965 bis zu seiner
Emeritierung Professor und
Direktor des Instituts für
Soziologie an der Universität in
Mainz. Sein Werk „Der Neid.
Eine Theorie der Gesellschaft“
(1966) und sein „Soziologisches
Wörterbuch“ (1969) besonders
einflußreich. Immer wieder
Grenzüberschreitungen in Nach-
bardisziplinen wie die Politologie
oder in den Journalismus mit
Kolumnen in den Zeitungen
„Die Welt“ und „Rheinischer
Merkur“.

Professor Dr. Helmut Schoeck

Universität Mainz

„Politik der Mißgunst – Grenzen der gesellschaftlichen Polarisierbarkeit?“

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Brockhaus Enzyklopädie nannte 1972 Polarisierung „ein neueres Schlagwort für die Verhärtung der Gegensätze innerhalb einer Gesellschaft“. Bei einer solchen Polarisierung kann es sich um Konflikte zwischen politischen Richtungen, zwischen Rassen, zwischen Religionen, zwischen Generationen handeln. Mit dem Spätmarxismus, mit der Neuen Linken ist nun die Polarisierung der Bundesrepublik für manche ein Ziel geworden, das man durch gezielte „Bewußtseinsveränderung“, durch Konfliktrollen-Einübung schon der Kinder in den Schulen, durch grobe Feindbildprägungen erreichen möchte. Oft ist dabei der Begriff „Emanzipation“ nur eine Tarnung für die angestrebte Polarisierung.

Wer hingegen auch künftig in einem demokratisch verfaßten Gemeinwesen mit Toleranzgebot und Verfassungsgebundenheit leben möchte, muß gewollte und manipulierte Polarisierung als Gefahr, als Subversion betrachten. Gleichgültig, ob man eine Polarisierung wünscht, fürchtet oder vorgibt zu fürchten, die Frage bleibt, ob es eine eigentliche Polarisierung einer Bevölkerung von 60 Millionen Menschen überhaupt geben kann.

Genau betrachtet kann es eine echte Polarisierung nur in überschaubaren Gruppen geben. Eine Bevölkerung ist keine Gruppe und läßt sich auch nicht in zwei, drei oder in fünf echte Gruppen zerlegen. Soziale Polarisierung ist jedenfalls als Begriff um so berechtigter, je mehr es um echte Gruppen geht und je weniger Mitglieder diese haben. Ein physikalischer Begriff wie Polarisierung kann unter Umständen die soziale Wirklichkeit einigermaßen andeuten, wenn das soziale Kräftefeld vorwiegend geographisch aufgefaßt wird und wenn es zwei deutliche siedlungssoziologische Schwerpunkte hat. So ließe sich vielleicht einmal von einer Polarisierung der Bundesrepublik sprechen, wenn man die beiden Pole Hamburg und München im Auge hat.

Eher zweifelhaft ist es aber bereits, ob man von einer Polarisierung der Bevölkerung in Jugend und Nichtjugend reden kann. Jüngste Untersuchungen bei uns, aber auch in den USA, haben gezeigt, daß die noch vor wenigen Jahren so hochgespielte Polarisierung der Gesellschaften nach junger und alter Generation ausgeblieben ist. Vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil Jugend eben doch kein Lebensberuf ist, obschon viele Politiker aller Parteien in westlichen Ländern seit etwa 1967, bei uns mehr als anderswo, sich bei ihrer Gesetzgebung verhalten haben, als ob „Jugend“ ein lebenslänglicher Status wie „Mann“ bzw. „Frau“ wäre.

Vor wenigen Jahren hat man zum Beispiel auch noch in Zusammenhang mit der Automation eine Polarisierung der Gesellschaft erwartet: in solche, die hochqualifizierte, und solche, die unqualifizierte Arbeit hätten. Auch diese Prognose ist nicht eingetroffen. Ungeachtet jedoch der Schwierigkeiten, die auftauchen, sobald man über eine wirkliche Polarisierung einer Bevölkerung nachdenkt, spielt das Schlagwort bei uns zunehmend eine Rolle. So schrieb zum Beispiel Ministerpräsident Kühn Anfang 1975 im SPD-Pressedienst, die Bundesrepublik werde unter einer CDU/CSU-Regierung unregierbar werden, weil die aus der Regierung gedrängte SPD „in die linke Polarisierung“ abgedrängt werden könne, eine SPD, die nicht mehr den Bundeskanzler stelle, könne so radikal werden, daß die Bundesrepublik unregierbar würde.

Angesichts solcher Prognosen mit Hilfe des Begriffes „Polarisierung“ ist die Frage nach den Grenzen der gesellschaftlichen Polarisierbarkeit wichtig. Und als erstes ist zu fragen, welche Bevölkerungssegmente denn davon überhaupt erfaßt werden können? Gerade dort nämlich, wo es ein aus-

geprägtes Zweiparteiensystem gibt, zum Beispiel in den USA, entspricht einer starken politischen Polarisierung der beiden Parteien keineswegs immer eine solche der Bevölkerung. Manche Beobachtungen deuten eher darauf hin, daß unter bestimmten Bedingungen einer besonders intensiven und gehässigen Polarisierung von zwei politischen Parteien in der Bevölkerung eine Distanzierung zu sämtlichen Berufspolitikern korrespondiert. Man denke an die ungewöhnlich geringe Wahlbeteiligung in den USA bei den Kongreßwahlen im November 1974. Aber auch das Zerfallen der Wählerschaft in zwei ungefähr gleich große Blöcke bei sehr hoher Wahlbeteiligung muß keineswegs immer ein Anzeichen dafür sein, daß die von den beiden Parteien oder von einer Partei benutzten Feindbilder und Polarisierungsschablonen in dieser Intensität und Grobheit auch von der Bevölkerung in den beiden Wählerblöcken nachempfunden und akzeptiert worden sind.

Selbst eine Bevölkerung wie die amerikanische, mit einem sehr hohen Anteil junger Menschen und einer Jugendrebellion, die sich als erste in der Geschichte sämtlicher Massenmedien bedienen konnte (und in deren Gunst stand), erfuhr keine eigentliche Polarisierung entlang irgendwelcher Generationengrenzen. Man schätzte 1974 in den USA die Zahl der Menschen, die dort um 1969 eine Polarisierung vortäuschen konnten, auf 300 000 Radikale und 300 000 Mitläufer – in einer Gesamtbevölkerung von über 200 Millionen. Es ist aufschlußreich, diese Beurteilung, wie sie sich jetzt im Rückblick ergibt, mit den Prognosen über die unaufhaltsame Polarisierung der amerikanischen Nation zu vergleichen, wie sie die Washingtoner Korrespondenten führender europäischer Zeitungen noch im Mai 1970 äußerten.

Die Lagerung der verschiedenen Generationen in einer heutigen Bevölkerung eines großen Landes ist viel zu komplex, die Generationen sind mit Familien viel zu sehr verschränkt, als daß man in ein paar Jahren mit dem Gegeneinanderauspielen von Jung und Alt, wie es versucht wurde und versucht wird, eine Gesellschaft polarisieren könnte. Diese Feststellung soll nicht als Entwarnungssignal mißverstanden werden. Sie richtet sich vielmehr gegen eine vorzeitige Resignation. Jeder Protest, jede gerichtliche Klage, die beispielsweise Eltern gegen ersichtliche Polarisierungsversuche, zu denen ihre Kinder in Schulen mißbraucht werden, unternehmen können, soll geführt werden. Vielleicht ist dies sogar für die seelische Hygiene des einzelnen Kindes wichtiger als für die Stabilität der Bundesrepublik.

Man muß aber auch die Polarisierbarkeit unserer Gesellschaft entdämmern, damit sie aufhört, eine gespenstische Prognose zu sein, mit der Wähler eingeschüchtert werden können.

Polarisierung als gedankliches Modell für die Umkrempelung einer Gesellschaft darf nicht verwechselt werden mit dem Ereignis eines Dammbrechens, einer Bresche, eines erdrutschartigen Wahlergebnisses. Zwar ist es zu einer spätmarxistischen, zum Teil rein kommunistischen Unterwanderung, zu Brückenköpfen der extremen Linken in manchen Hochschulen und Schulverwaltungen, in manchen Massenmedien, in manchen Schulbuchverlagen gekommen. Vom Vorhandensein solcher Brückenköpfe darf man aber nicht allzurasch zum Bild der Bresche schreiten. Wenn man schon einen Vergleich aus den Naturwissenschaften braucht, wäre der Begriff der unterschiedlichen Durchimpfung einer Bevölkerung für die Prognose der Widerstandsfähigkeit gegen Radikalisierungen nützlicher: der Durchimpfung und der natürlichen bzw. erworbenen Immunität. Niemand kann nämlich genau angeben und vorhersagen, wie weit sich eine bestimmte Infektionskrankheit in der Bundesrepublik ausdehnen wird. Das wäre selbst dann kaum möglich, wenn man eine repräsentative Stichprobe von 2000 Personen serologisch auf ihre verschiedenen Immunitäten hin untersucht hätte. Ausdehnung und Verlauf einer Epidemie wären immer noch äußerst schwer vorherzusagen. Es kommen zu viele andere Faktoren hinzu. So ist es auch im gesellschaftlichen Bereich, nur ist hier die Zahl der Faktoren noch größer, noch weniger meß- und wägbare.

Die Anfälligkeit eines Menschen für den Sog einer politischen

Polarisierung ist kein einfaches Persönlichkeitsmerkmal, auf das man über längere Zeit hinweg bei einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung rechnen könnte bzw. vor dem man sich zu fürchten hätte. Eine Panik, eine Kurzschlußreaktion kann gelegentlich herbeigeredet werden. Wenn beispielsweise unsere Gesundheitsbehörden sich beim Auftreten einer exotischen Infektionskrankheit zu ähnlich apokalyptischen Prognosen hinreißen ließen wie manche unserer Politiker für den Fall ihrer Wahlniederlage, dann könnte es natürlich einmal bei nennenswerten Teilen der Bevölkerung zu irrationalen Handlungen kommen, die in keiner Weise vom tatsächlichen Immunitätsgrad der Bevölkerung gegen diese Krankheit her zu begreifen sind.

Das Schlagwort von der gesellschaftlichen Polarisierung dient ähnlichen Zwecken wie das gleichzeitig entstandene Modewort von der Eskalation. Beide Worte, als Prognose verkleidet, werden dazu benutzt, die Bürger davon abzuhalten, von Rechten, von ihrer Freiheit der Wahl, von ihrer legitimen Interessenwahrung Gebrauch zu machen.

Hinter der Prognose „Polarisierung“ steht meist die Diagnose „Klassengesellschaft“.

So kann man heute, keineswegs nur von weit links stehenden Personen, sondern von wohlmeinend besorgten Sozialpolitikern aller Parteien, die These hören, unsere Gesellschaft leide an der ungleichen Teilhabe der Bürger an den Gütern und Leistungen dieser Gesellschaft. Dies führe zu Interessengegensätzen, die ihrerseits gegenseitiges Verständnis und Solidarität der Bürger behindern. So betrachtet, sei unsere Gesellschaft eben immer noch eine Klassengesellschaft.

Wie gehaltlos diese zunächst einleuchtend klingende Behauptung in Wirklichkeit ist, zeigt sich daran, daß sie auch dann eine richtige Aussage darstellt, wenn man es so eingerichtet hat, daß jeder Einwohner der Bundesrepublik im Laufe seines Lebens netto genau dieselbe Gesamtsumme verdient, nämlich jeweils genausoviel wie alle anderen Gleichaltrigen.

Stellen wir uns eine fortwährende Umverteilung, eine zwangsweise staatliche Gleichmacherei vor, durch die jeder Erwachsene von 18 bis an sein Lebensende netto genau gleich viel (oder gleich wenig) verdient wie alle anderen Gleichaltrigen: alle 18jährigen zum Beispiel 1000 Mark, alle 25jährigen vielleicht 1500, alle 50jährigen 3000, alle 60jährigen 4000, alle 70jährigen wieder nur 1500 – oder welche Beträge und Abstufungen auch immer. Jeder Angehörige eines Jahrganges darf, je nach Alter, pro Jahr nur über genau die gleiche Summe verfügen. Ein solches Verfahren würde doch außerordentlich „sozial gerecht“ aussehen. Jedenfalls viel gerechter als eines, das jedem Bürger von 18 bis an sein Lebensende genau das gleiche jährliche Nettoeinkommen beließe.

Wenn es aber weiterhin einen freien Markt und kein lückenloses Bezugsscheinsystem gibt (von den notfalls unvermeidlichen schwarzen Märkten abgesehen), würden unter diesem so gerechten Verfahren zum Beispiel alle 40- bis 60jährigen eine Klasse bilden, die an den Gütern und Leistungen der Gesellschaft reichlicher teilhaben kann, als es der Klasse der 18- bis 25jährigen möglich ist. Wir hätten also selbst bei ausgeklügelter totaler Gerechtigkeit ebenfalls eine sog. Klassengesellschaft. Und wenn wir an die Altersklassenkonflikte vieler Naturvölker denken, vermutlich eine viel neidischere, konfliktreichere Gesellschaft als die jetzige.

Insoweit sich nun tatsächlich Einkommen aus Erwerbstätigkeit, aber auch erworbenes und ererbtes Vermögen in einer Bevölkerung zu einem erheblichen Grade entsprechend der Altersschichtung der Haushalte verteilt, ist die ungleiche Teilhabe der Bürger an den Gütern und Dienstleistungen ihrer Wirtschaft selbstverständlich. Wen das bekümmert, der sei doch lieber aufrichtig genug und erkläre als sein Ziel eine Bevölkerung, in der jeder Erwachsene sein Leben lang das gleiche Nettoeinkommen verfügbar hat, gleichgültig, welchen Beruf er ausübt, was er leistet oder nicht leistet, was ihm einfällt oder nicht einfällt, welche Verantwortung zu tragen er bereit ist oder nicht bereit ist. Man sage das offen und probiere aus, wie viele Wähler

sich damit auf den Leim locken lassen.

Allerdings muß man sich dann auch den Hinweis gefallen lassen, daß es selbst unter diesem egalitären Einkommensschema nach wie vor „ungleiche Teilhabe“ der Genossen an den Gütern und Leistungen der Gesellschaft geben wird, und zwar nicht nur, weil insgesamt weitaus weniger angeboten würde und weil der graue bzw. schwarze Markt stets der ungerechteste ist, sondern weil man nicht verhindern kann, daß sich fünf Geschwister oder Bekannte zum abwechselnden Gebrauch etwa ein teures Sportgerät kaufen, das ein einzelner nie sich ersparen könnte, ehe er für diesen Sport zu alt geworden ist.

Es lassen sich natürlich verschiedene Ansätze für eine Polarisierung finden: Man kann zwei Religionen oder zwei Sprachgruppen in einem Land gegeneinander ausspielen; man kann, wie in der Schweiz kürzlich versucht wurde, Fremde und Eingesessene zur Polarisierung verwenden. Jedoch gelten fast alle Versuche dieser Art mit Recht in den westlichen Demokratien als verwerfliche Volksverhetzung, als Minderheitenverfolgung. So bleibt eben für unsere Polarisierungspolitiker nur die herkömmliche nach „arm“ und „reich“, nach „privilegiert“ und „unterprivilegiert“ übrig.

Die Polarisierung, teils als Behauptung einer sozialen Tatsache, teils als angestrebtes Ziel in der Sprache linker Massenmedien und linker Politiker, erstreckt sich bei uns in erster Linie auf viel Verdienende und weniger Verdienende, im Jargon der Mißgunstmanager, auf Reiche und Arme, auf Groß- und Normalverdiener. Anschaulich gemacht wird diese angebliche Polarisierbarkeit in der Regel durch vermeintlich schlagende Kontraste.

Ein Bonner Ex-Bundesminister verwendete 1974 zum Beispiel die Gegenüberstellung Chefarzt einer chirurgischen Abteilung und Hebamme, die mit ihren Einkommen, wie er glaubt, 1 zu 100 auseinanderliegen. Mit diesem angeblichen Kontrast (bei, wie er meint, gleich lebenswichtigen Leistungen in einem gleich langen Arbeitstag) belegt dieser Politiker seine These von der „Legitimationskrise“, vom Legitimationsproblem der Ungleichheiten bei den Einkommen.

Solche Rhetorik sollte man grundsätzlich zurückweisen: Niemand braucht sich einen Legitimationszwang für jede Einkommensungleichheit von linken Autoren aufschwätzen zu lassen. Und man kann sich dabei sogar auf Ralf Dahrendorf, doch wohl einen sozial fühlenden Liberalen, berufen, der 1974 in einem Bergedorfer Gespräch sagte: „Die Gleichheit ist in keinem Falle ein Wert an sich. Sie ist nur zu rechtfertigen als Voraussetzung der Freiheit. Es ist also zu zeigen, wo die Ungleichheit ein solches Ausmaß erreicht, daß die Teilnahmekancen des einzelnen eingeschränkt werden und er auch nicht auf ein halbwegs lebenswertes Leben hoffen kann... Im Grunde sind also die Eingriffe [des gleichmachenden Politikers und Gesetzgebers] zu legitimieren und nicht die Differenzierungen.“

Wir haben also in der Bundesrepublik und in vergleichbaren Ländern 1975 keine Polarisierung, die sich aus einer Legitimationskrise der gesellschaftlichen Unterschiede ableiten läßt, jedenfalls haben wir keine Legitimationskrise, für die sich eine Mehrheit der Bevölkerung interessiert. Wir haben vielmehr den Versuch vor uns, eine reale Polarisierung der Bevölkerung mittels einer herbeigeredeteten Legitimationskrise zu erzeugen.

Zwar weiß ich nicht, weshalb das rhetorische Repertoire jenes Ex-Bundesministers bei der Hebamme und dem Chirurgen eingerastet hat, aber sehen wir uns diesen Kontrast einmal genauer an.

Zunächst ist es eine maßlose Übertreibung, zu behaupten, das Einkommen eines Chirurgen sei das Hundertfache von dem einer 14 Stunden am Tag arbeitenden Hebamme. Von der erforderlichen Reduzierung auf die jeweiligen Nettoeinkommen (nach Steuern usw.) ganz abgesehen, komme ich zu folgender Schätzung. Wenn wir gerade so viele Hebammen hätten, daß sie freiberuflich alle einfachen Entbindungen vornehmen könnten, und jede Hebamme würde an 5 Tagen in der Woche nur jeweils 4 Entbindungen ausführen, so wären das im Jahr 1000 Entbindungen, bei reichlich Urlaub. Wären die Frauen bereit, für eine Entbindung, die sie ja in der Regel nur ein-, zwei- oder dreimal in ihrem Leben brauchen werden,

soviel an Honorar an die Hebamme zu zahlen, wie sie (ihr Leben lang) jährlich beim Friseur ausgeben, dann käme jede Hebamme spielend auf ein Chefarzteinkommen.

Gewiß, der Pillenknicke in der Geburtenkurve (und eine eventuelle Erleichterung der Abtreibungen) können meine Kalkulation ein wenig zuungunsten der Hebammen verschieben, aber wegen eines gynäkologischen Konjunkturzyklus braucht ja zum Beispiel der Unfallchirurg sein Einkommen nicht neu zu „legitimieren“. Überhaupt würde ich den Ärzten, die ja noch lange im Neidvisier der Linken bleiben werden, empfehlen, das Honorar für ihre einfachste Leistungseinheit an die Kosten eines Haarschnittes oder dergleichen im Friseurgeschäft zu koppeln. Das wäre m. E. die eleganteste und unangreifbarste Koppelung ihrer Einkommen an die allgemeine Preissteigerung.

Der angebliche Legitimierungszwang, unter dem laut linker Sprachregelung die Mehrverdienenden vor dem Neidgerichtshof ihrer Mitbürger ständig stehen, läßt sich aber noch aus einer ganz anderen Perspektive in Frage stellen. Der Verleger der ZEIT, Gerd Bucerius, hat das in einem offenen Brief an Heinrich Böll vor kurzer Zeit so angefangen. Bucerius schrieb, von „den Reichen“ könne man bestenfalls reden, wenn es sich um Nettoeinkommen handle, die höher sind als das Nettoeinkommen eines Bundesministers, der zugleich Mitglied des Bundestages ist. Ich möchte noch einen Schritt weitergehen und die These aufstellen:

Ohne einer anderen grundsätzlichen Widerlegung der angeblichen Legitimierungspflicht für Ungleichheit bei Einkommen vorzugreifen, besteht eine solche Pflicht überhaupt für keinen Menschen, so lange sein Einkommen nicht wesentlich das Einkommen übersteigt, das der Bundeskanzler, der zugleich Mitglied des Bundestages ist, jeweils erzielt. Und zwar ist dies m. E. gerade deshalb der Fall, weil wir in einer Demokratie leben, die von der Chancengleichheit ausgeht. Theoretisch kann heute jeder beliebige 18jährige Bundeskanzler werden. Daß es diese Position nur einmal im Lande gibt, spielt ja für die Legitimierungsfrage keine Rolle. Man braucht eben nur einen Bundeskanzler (worüber alle unsere Parteien heilfroh sind), aber man braucht zahlreiche Ärzte, Jet-Piloten, hervorragende Rechtsanwälte, Unternehmensführer und andere Spezialisten, wie Operndirigenten. Niemandem darf aber das Recht abgesprochen werden, sich mit 18 zum Beruf des Politikers zu entschließen. Und mehr als je zuvor kann niemand, der nicht an die Spitze einer politischen Karriere gelangt, behaupten, es habe an den ungleichen Bildungschancen gelegen. Im Gegenteil: Der 18jährige Untersekundaner als Bundestagsmitglied hat sehr wahrscheinlich schlechtere Chancen am Ende einmal Kanzler zu werden, als der 18jährige Ex-Einzelhandelsverkäufer, wenn beide gleichzeitig im Bundestag anfangen.

Wenn man sich aber damit begnügen muß, die Bevölkerung in zwei Kategorien zu „polarisieren“, nämlich in solche, die netto nicht mehr als der Bundeskanzler, und solche, die netto wesentlich mehr als dieser verdienen, dann bleibt auf der Seite der sog. Großverdiener ein so winziger Prozentsatz der erwachsenen Bevölkerung übrig, daß es absurd wäre, von einer Polarisierbarkeit zu reden. Gerade also wenn man von den Grundsätzen einer auf Chancengleichheit zielenden Demokratie ausgeht, darf niemand nach der Legitimation für sein legal zustandekommendes Einkommen gefragt werden, wenn es nicht einmal das Nettoeinkommen eines Bundeskanzlers übersteigt.

Die Polarisierung der Bevölkerung in viel und weniger viel Verdienende ist noch aus einem weiteren Grund willkürlich und abwegig. Polarisieren lassen sich ja überhaupt nur zwei annähernd gleich große, in sich aber einigermaßen homogene Bevölkerungsteile, zwischen denen außerdem eine deutliche Kluft liegt. Im Gegensatz nämlich zu religiösen, sprachlichen, ethnischen Bevölkerungsmerkmalen, die wegen ihrer Deutlichkeit und Unübersteigbarkeit Ursache oder Ziel einer Polarisierung sein können, ist die Einkommens- und Vermögensgröße in unserer Bevölkerung ganz ungeeignet als Grundlage für eine soziale Polarisierung. Bei den

Einkommens- und Vermögensverhältnissen handelt es sich nämlich um ein Kontinuum.

Wir könnten sowohl das Einkommen als auch das Vermögen eines jeden der 23 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik in eine Reihe bringen, vom niedrigsten zum höchsten Wert. Es zeigt sich dann, daß es unmöglich ist, an irgendeiner Stelle dieser Reihe den Grenzpfahl für die soziale Polarisierung zu stecken. Dies ginge nur mit größter Willkür. Dazu noch mit einer Willkür, die nie die Zustimmung eines für wahlpolitische Zwecke ausreichend großen Bevölkerungsteiles finden wird. Und dies um so weniger, wenn man von der Naivität (oder Verlogenheit) bisheriger Statistiken abgeht und vermeidet, so zu tun, als ob der Haushalt des 18jährigen und des 60jährigen die gleichen Chancen für ein gleich hohes Einkommen und ein gleich großes Vermögen hätten haben können.

Die Polarisierung unserer Bevölkerung nach Einkommen oder Vermögen ist somit ähnlich absurd, wie es eine Polarisierung nach individueller Lebenserwartung wäre, wenn man das vom einzelnen bereits gelebte Leben aus der Statistik herausließe.

Es gibt Menschen, bei denen sich verschiedene Ungleichheiten potenzieren. Hohes Einkommen, hohes Prestige und eine exklusive Berufsposition (mit fast monopolistischer Leistungserbringung) können zusammentreffen. Dem Egalitären ist das hohe Berufsprestige, ist die Autorität einer bestimmten Position allerdings selbst dann zuwider, wenn damit keine finanziellen Vorteile verbunden sind. Als schlimmste Ungerechtigkeit gilt jedoch der Fall, bei dem hohes Berufsprestige, hohes Einkommen und eine durch das Wesen dieses Berufes bedingte Knappheit der beruflichen Leistungen auf dem Markt zusammen in Erscheinung treten. Es läßt sich aber zeigen, daß selbst diese extreme Ungleichheit für das Angebot, für das Vorhandensein von Leistungen für andere Menschen eine entscheidende Voraussetzung darstellt – und zwar für Leistungen, die fast jeder in der Mehrheit der Bevölkerung irgendwann einmal in Anspruch nehmen möchte.

Es ist doch so, daß grundsätzlich jeder in einer Bevölkerung einmal in eine Lage kommen kann, in der für ihn das Vorhandensein, das Wirken einer sehr kleinen Zahl von höchst Ungleichen persönlich entscheidend und deshalb wünschenswert sein kann. Diese winzige Personenkategorie, eine winzige Elite, kann aber diesen für irgendeinen einzelnen irgendwann einmal entscheidenden Dienst nicht mehr wirksam leisten, wenn man sie der Gleichheit zuliebe ihrer Ungleichheit beraubt hat, und sei es nur durch das Aufblähen dieser Personenkategorie. Niemand in einer größeren Bevölkerung kann im voraus wissen, wann sein Wohl gerade vom Vorhandensein einer anscheinend höchst privilegierten kleinen Personenkategorie in irgendeinem Gebiet, in irgendeinem Tätigkeitsfeld abhängen wird.

Ich möchte das an der Einrichtung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten (U.S. Supreme Court) erläutern. Dieses höchste Gericht hat heute, fast 200 Jahre nach seiner Einrichtung durch die Verfassung der USA, genau dieselbe Zahl von Richtern wie am Anfang, nämlich neun. Heute, wie am Ende des 18. Jahrhunderts, hängt für jeden Einwohner der USA in einem existenzwichtigen Fall sein Schicksal in letzter Instanz davon ab, ob sich von diesen neun Richtern fünf für seine Argumente gewinnen lassen.

Diese Zahl von neun Richtern, die nichts delegieren können, wurde aber einst für eine Bevölkerung von nur 4 Millionen festgelegt. Heute, bei einer Bevölkerung von 214 (1975) Millionen, sind es immer noch nur diese neun Richter. Es ist somit offenkundig, daß die Chancen eines Amerikaners, seinen zivil- oder strafrechtlichen Fall vor diesem obersten Gericht behandelt zu bekommen, heute unendlich viel kleiner sind als vor 150 Jahren, weil er sich die Zeit dieser neun Richter heute mit über 200 Millionen statt mit ursprünglich vier oder fünf Millionen Menschen teilen muß. Der Zugang zu dieser wichtigsten Leistung des amerikanischen Gemeinwesens, daß nämlich prinzipiell jeder, wenn sein Fall, sein Problem entscheidungswürdig ist,

vor den Supreme Court gelangen kann, diese Leistung ist heute weitaus weniger gleichmäßig zugänglich als am Anfang der Nation.

Und doch hat bisher niemand ernsthaft vorgeschlagen, diese Chancenungleichheit zu beseitigen, also statt des einen Neun-Mann-Gerichtes nunmehr, der Bevölkerungszunahme entsprechend, einige Dutzend völlig gleichrangige oberste Gerichte zu schaffen. Ein wesentlicher Grund für diese erstaunliche Abstinenz der Egalitären dürfte folgender sein: Der Wert, die Autorität eines Urteils des U.S. Supreme Court würde sofort so absinken, daß keine sich diskriminiert glaubende Minderheit mehr damit rechnen könnte, ein Urteil zu ihren Gunsten würde ihr je noch so viel und so durchschlagend nützen wie den Negern das berühmte Urteil vom Mai 1954. Hätte damals ein Supreme Court von vielleicht 36 gleichrangigen Supreme Courts das Urteil gesprochen, so wäre es sehr wahrscheinlich gesellschaftspolitisch (auch in den Massenmedien) bei weitem nicht so wirksam gewesen. Das Charisma, die Durchsetzungskraft einer Entscheidung des U.S. Supreme Court hängt davon ab, daß jeweils nur fünf von nur neun, und nur von neun, Männern das letzte Wort in der Nation haben.

Ähnlich liegen die Dinge bei Nobelpreisträgern. Keiner Sache, keinem Anliegen, keiner politischen Partei, keiner Protestbewegung auf der Welt würde es viel nützen, einen oder drei Nobelpreisträger auf ihrer Seite zu haben, wenn man schon vor langer Zeit die Zahl der Nobelpreise verzehnfacht und die Dotierung von ca. 300 000 auf je 30 000 DM gesenkt hätte. Dies hätte sich ja mit der heute viel größeren Zahl von Wissenschaftlern, von Diplomaten, von Autoren begründen lassen. Die sofortige weltweite Beachtung einer jeden Äußerung, einer jeden Handlung eines Nobelpreisträgers, zu jeder Angelegenheit, gleichgültig auf welchem Gebiet er selber gearbeitet hat, hängt sicherlich weitaus mehr mit der einsamen Höhe der Dotierung, der kleinen Zahl der Preisträger als mit der Treffsicherheit der Preisrichter zusammen.

Schadet aber diese so neiderregend willkürlich geschaffene und einzigartig dotierte Elite irgend jemandem? Kaum. Aber der jüngste Anfänger in jeder Wissenschaft, der jüngste Literat ebenso wie der Häftling in einem hoffnungslos verfahrenen Prozeß kann darauf hoffen, daß er die Aufmerksamkeit und Fürsprache irgendeines Nobelpreisträgers gewinnen kann. Sie erfüllen also eine den neun obersten Richtern der USA vergleichbare Funktion, weltweit.

Die Entscheidungen des U.S. Supreme Court, die Meinung, das wissenschaftliche, künstlerische oder politische Urteil eines Nobelpreisträgers (auf einem Gebiet, wo er kompetent ist, leider auch sehr oft, wo er nicht kompetent ist) gehören zu den knappen Gütern dieser Erde. Ihre Knappheit ist aber die unerläßliche Voraussetzung ihrer Begehrtheit, ihrer überragenden Wirksamkeit (einer Wirksamkeit, die sich vor allem als soziale Kontrolle in Fällen dartut, wo jemand keine physischen Machtmittel einsetzen kann). Diese Wirksamkeit und somit ihre Knappheit, hängt aber auch wieder von der kleinen Zahl derjenigen ab, die diese Urteile aussprechen; somit ist diese Wirksamkeit gebunden an das Vorhandensein einer äußerst kleinen privilegierten Personenzahl.

Einem möglichen Mißverständnis sei vorgebeugt: Ich habe sowohl an Entscheidungen (und Urteilsbegründungen) des U.S. Supreme Court in Washington als auch an den Stellungnahmen verschiedener Nobelpreisträger über die Jahre hinweg sehr viel ausgesetzt. Es geht hier nicht um eine unkritische Autoritätsgläubigkeit. Es geht mir darum zu zeigen, daß gerade viele Egalitäre, viele linke Persönlichkeiten nie etwas gegen diese beiden Miniatureliten sagen, weil sie sich bisher so oft als Nutznießer der Wirksamkeit dieser Eliten gefunden haben. Diese beiden Kategorien von echten Privilegienbesitzern sind für mich nur Beispiele, um die Frage zu stellen, ob es nicht auch auf anderen Gebieten unseres Lebens, unserer Gemeinwesen bestimmte Positionen gibt, deren der Gleichheit zuliebe angegriffene Privilegien, Vorteile, Annehmlichkeiten, Prestige usw. in Wirklichkeit die Voraussetzung für Leistungen sind, von denen niemand

wissen kann, ob und wann er sie dringend brauchen wird – von Leistungen aber, die unzuverlässig oder schwächer werden, sobald man anfängt, die Leistungserbringer der Gleichheit zuliebe irgendeiner Mehrheit anzugleichen. Man könnte zum Beispiel an die Beamten in der Bundesrepublik denken. Ganz offensichtlich ist dieser Berufsstand jetzt auf die Abschußliste der Egalitären in den Massenmedien, den Gewerkschaften, der politischen Parteien geraten. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß die Bevölkerung, soweit es sich um Nichtbeamte handelt, die Kühlung ihrer Mißgunst, ihres Neides durch die Abschaffung des Beamtentums als einen so großen und bleibenden Wert erleben wird, daß damit die Einschränkung der alltäglichen „Lebensqualität“ aufgewogen würde, die mit Sicherheit eintritt, wenn alle bisher von Beamten erfüllten Funktionen von Leuten erbracht werden, die streiken dürfen (und manchmal müssen, selbst wenn sie es persönlich nicht wollen).

Der sozialen Polarisierbarkeit einer Bevölkerung wird leider auch durch sozialpolitische Begriffe Vorschub geleistet, die von Sprechern aller Parteien, sicherlich oft aus gedankenloser Bequemlichkeit, gebraucht werden. So verlockt der Begriff „Umverteilung“ („Verteilungskampf“, „Verteilungsgerechtigkeit“) zu einem antagonistischen, zu einem polarisierten Gesellschaftsbild.

Mit dem Schlagwort „Umverteilung“ wird klassenkämpferischer Appetit angeheizt, werden Gefühle geweckt, die fast jeder aus der Kinderstube in sich trägt, es wird aber auch ein irreführendes Bild von den wenigen Reichen gezeichnet, denen man nur einmal etwas wegzunehmen brauche, um alle übrigen zufrieden, wohlhabend und glücklich zu machen.

Es wäre viel besser, statt von Umverteilung von einer anzustrebenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einkommensschwacher Bevölkerungsteile aus den Mitteln der Gesamtheit zu sprechen. Nur um das kann es sich nämlich handeln.

Die Aufteilung, die politisch erzielbare Verschiebung der Einkommensquoten auf globale Personenkategorien oder Tätigkeitsbereiche in der Wirtschaft und die Diskussion über diese Aufteilungen und Verschiebungen ist zwar für die Wirtschaftstheorie interessant, aber es ist zweifelhaft, ob sich das je irgendwie in politisch wirksame Vorstellungen umsetzen, ob sich durch globale, nur makroökonomisch darstellbare Verteilungsvorgänge Dankbarkeit oder Zufriedenheit bei größeren Bevölkerungsteilen bewirken läßt. Es ist doch eher so, daß sich Verbandsfunktionäre, Wirtschaftstheoretiker, Tarifpartner, Politiker, einige Wirtschaftsjournalisten und Ökonomen untereinander über Verteilungsvorgänge unterhalten, auch streiten, oft genug mit manipulierten Statistiken sich gegenseitig etwas vorrechnen, Erfolge für bestimmte Verschiebungen lautstark verbuchen; aber all das findet auf einer Ebene und in einer Begriffssprache statt, die für die meisten Wähler völlig uninteressant, ja unbegreifbar bleibt.

So haben doch immer wieder, unverändert seit Jahrzehnten, Befragungen bei uns, aber auch in den USA, gezeigt, daß die Bevölkerung die Größenordnung der Unternehmensgewinne grotesk überschätzt, daß dieselbe Bevölkerung aber den tatsächlichen Zugriff der progressiven Einkommensteuer stets viel zu niedrig schätzt. Man sollte deshalb keine Hoffnung hegen, man könne durch Auseinandersetzungen oder ein Entgegenkommen an den politischen Gegner auf dieser Ebene je in der Wählerschaft Anerkennung gewinnen; gewiß, den Beifall mancher Massenmedien kann man vielleicht bekommen, aber selbst diese sind nicht in der Lage, das, was sich global vermutlich an Verteilungsvorgängen abspielt, für den Normalbürger so darzustellen, daß seine Einstellung zum Gemeinwesen, zu Parteien dadurch wesentlich verändert werden kann.

Nun ist auch die neuerdings beliebte Phrase vom Gewinn der gewerblichen Wirtschaft als „Ergebnis partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Arbeitnehmern, Unternehmern und Kapitaleignern“, als Begründung der neuen Vermögenspolitik, äußerst ungeschickt. Sie unterstützt nämlich, ohne es zu wollen, den marxistischen Trugschluß, daß kein Lohn, kein Entgelt prinzipiell je hoch oder angemessen genug sein kann, um nicht doch ein

unaufhebbares Element der Ausbeutung zu behalten.

Der sozial befriedende Symboleffekt der selbst unter günstigsten Bedingungen unter den erwogenen Vermögensbildungsplänen zur allgemeinen Zuwendung aufbringbaren Anteile am Produktivvermögen wird maßlos überschätzt. Auf jeden Fall wird aber dieser Symboleffekt der gesetzlichen Beteiligung am Produktivvermögen aufgehoben durch die gleichzeitige beispiellose, oft auch schon staatlich und amtlich geförderte Verhetzung der heranwachsenden Bevölkerung durch marxistische Parolen und Gesellschaftsklischees.

Der wirtschaftlich ungünstige Effekt der neuen Vermögenspolitik, falls sie Gesetz würde, innerhalb der Wirtschaft wird aber sehr erheblich sein. Er würde zu einer Arbeitsmarktlage führen, die für die eben genannte marxistische Verhetzung einen noch besseren Nährboden bietet.

Man unterscheidet in der Regel etwa ein halbes Dutzend verschiedene, sich aber teilweise ergänzende Ziele der Verteilungspolitik: nämlich die gesellschaftliche Integration unterer einkommensschwacher Sozialschichten, somit größere politische Stabilität; man glaubt damit, radikalen Sozialisierungsforderungen das Wasser abgraben zu können; man hofft, das System der sozialen Sicherheit zu entlasten; man verspricht sich eine Umverteilung der Macht, die sich aus der Konzentration von Produktivvermögen ergeben soll. Je nach der gewählten vermögenspolitischen Maßnahme werden mehrere dieser Ziele, aber auch so gut wie keines erreicht. So hat uns die Förderung des Bausparens, des Haus- und Wohnungseigentums zweifellos mehreren dieser Ziele nähergebracht: Je größer der Prozentsatz einer Bevölkerung, die in ihren eigenen vier Wänden wohnt, desto stärker dürfte die soziale Integration sein, desto größer die politische Stabilität, indirekt auch desto geringer die Begeisterungsfähigkeit für radikale Sozialisierungsbegehren. Sicherlich entlastet Wohnungseigentum das System der sozialen Sicherheit, und für die meisten Menschen dürfte die Freiheit von der Macht des Vermieters, des Hausbesitzers, des Hausverwalters eine viel spürbarere und wichtigere Freiheit darstellen als die Machtverdünnung, die man angeblich durch Streuung des Produktivvermögens erzielen kann. Was immer man mit dem Bild der Macht beschwört, die aus der Minderheit von Personen erwachsen soll, die das Aktienkapital eines Landes besitzen, es ist nicht recht vorstellbar, wie das für den einzelnen irgendwie günstiger aussehen soll, wenn er jährlich 100 oder 200 DM in Anteilscheinen an fragwürdigen Fonds zugeteilt bekommt. Von der neuen Macht dieser Fonds ganz zu schweigen. Obwohl also aus Steuermitteln gefördertes Wohnungseigentum die meisten Ziele der Verteilungspolitik näherrückte, ist diese Art von Vermögensbildung seit einigen Jahren politisch gar nicht mehr so beliebt – vielleicht gerade deshalb, denn es ist ja keineswegs sicher, daß alle politischen Gruppen, die nach bestimmten verteilungspolitischen Maßnahmen rufen, auch alle damit erreichbaren Ziele schätzen. Ganz abgesehen davon: Eine zum allergrößten Teil in Eigenheimen und Eigentumswohnungen untergebrachte Bevölkerung wäre für eine heutige Industriegesellschaft ein Problem, denn die Mobilität der Arbeitskräfte wird dadurch mit Sicherheit geringer. Das Problem verschiedener Arten von Arbeitslosigkeit, von Arbeitsplatzmangel wird durch eine extrem selbthafte Bevölkerung weniger gut lösbar. Man kann also nicht einmal für die Vermögensart des Wohnungseigentums uneingeschränkt sagen, daß es die wirtschaftlichen Chancen einer Bevölkerung unter allen denkbaren Bedingungen optimiert. Die gesetzliche Verpflichtung zum Anstreben des Wohnungsbesitzes wäre also absurd.

Ein Hauptfehler der globalen Verteilungstheorien und natürlich auch der aus ihnen resultierenden politischen Verteilungsprogramme dürfte die Unterstellung einiger weniger homogener Bevölkerungssegmente sein. Man ist zwar noch bereit, die Lohnempfänger, Unternehmer und Landwirte durch die Kategorie Rentner zu ergänzen, aber man übersieht, daß es auch schon vor dem 65. Lebensjahr in der Bevölkerung sehr verschiedene, an den Lebenszyklus des einzelnen gebundene Interessen gibt.

Lassen Sie mich das am Fall der geplanten Umverteilung des

Produktivvermögens erläutern:

Es ist psychologisch verständlich, und es ist sicherlich, auch von jeder denkbaren Ethik her gesehen, gerecht, wenn jeder in einer Bevölkerung das Ziel verfolgt, seine Einkommenslage so gut wie nur irgendmöglich zu gestalten, und zwar auch unter Zuhilfenahme von Verbänden, seien es Gewerkschaften oder Kassenärztliche Vereinigungen, politische Parteien oder andere Vereinigungen. Viel zu wenig, wenn überhaupt, wird aber gesehen, daß es auf keinem Tätigkeitsgebiet, in keinem Sektor des Erwerbslebens wirklich homogene Bevölkerungsteile gibt mit einem einheitlichen wahren Interesse an verteilungspolitischen Eingriffen ins Wirtschaftsgeschehen. Am allerwenigsten kann man von den Lohnempfängern, den unselbständig Erwerbstätigen als homogener Bevölkerungsgruppe sprechen, die alle mit einer bestimmten verteilungspolitischen Maßnahme in gleicher Weise begünstigt werden könnten. Was nämlich meistens übersehen wird, sind die ganz verschiedenen Interessenlagen je nach Lebensalter der Betroffenen, je nach der Phase im individuellen Lebenszyklus, in der sich der einzelne Bürger befindet.

Wenn eine bestimmte verteilungspolitische Maßnahme, seien es politisch durchgesetzte enorme Lohnerhöhungen, sei es ein Gesetz zur Umverteilung des Produktivvermögens der gewerblichen Wirtschaft, das Risiko vergrößert, daß manche Unternehmen ihre Tore schließen oder jedenfalls dies um einige Jahre früher tun, als sie es sonst vielleicht getan hätten, dann sind solche verteilungspolitischen Eingriffe für alle, sagen wir über 45jährige Arbeitnehmer, nicht nur viel weniger wert als für die jüngeren, sondern sie bedeuten für sie eine akute Gefahr, zumindest einen Zuwachs an allgemeiner Angst. Hinzu kommt noch folgendes: Der ältere Arbeitnehmer würde, selbst bei Erhaltung seines Arbeitsplatzes, von dem betreffenden verteilungspolitischen Eingriff, der Beteiligung am Produktivvermögen, nur sehr wenig bekommen, das Risiko des Verlustes eines Arbeitsplatzes ist für ihn wesentlich unangenehmer als die paar Mark an dubiosen Beteiligungspapieren, die er noch bekäme.

Eine verteilungspolitische Maßnahme, die das Risiko von Unternehmensschließungen in Kauf nimmt, sieht hingegen für jüngere Arbeitnehmer, etwa zwischen 20 und 35, ganz anders aus: In dieser Altersgruppe hat der einzelne natürlich größere Chancen, selbst wenn ein verteilungspolitischer Eingriff seinen jetzigen Arbeitsplatz zerstört, in absehbarer Zeit einen neuen gleichwertigen zu finden, auf dem er dann für viele Jahre in den Genuß dieser neuen verteilungspolitischen Zuwendung kommen kann.

Die Verfechter von verteilungspolitischen Innovationen mit gefährlichen Auswirkungen auf die Überlebensfähigkeit verschiedener Betriebe wären vermutlich etwas weniger unbekümmert, wenn ihre Kritiker der Wählerschaft deutlich machen könnten, daß solche Pläne nicht, wie es stets heißt, den Lohnabhängigen, den Arbeitnehmern Vorteile bringen werden, sondern die Bürger ganz verschieden gefährden oder begünstigen, je nach dem Lebensalter, in dem sich jemand befindet.

Wer seine Politik auf einen allgemeinen Benachteiligungsverdacht, auf die in der Bevölkerung verbreitete Mißgunst gründet, begibt sich früher oder später in eine Sackgasse. Den Begriff Mißgunst habe ich dieser Untersuchung vorangestellt (statt des viel älteren und treffenderen Begriffes Neid), um einem häufigen Irrtum vorzubeugen. Bei der Mißgunst spürt man rascher, daß es dem Mißgünstigen nicht darum geht, das auch zu haben, zu tun, zu können, was der andere hat, tut oder kann, sondern vor allem darum, dem anderen diese Vorzüge zu nehmen.

Angesichts der Beharrlichkeit und Leichtfertigkeit, mit der bei uns seit einigen Jahren die Schürung von Neid und Mißgunst als besonders fortschrittliche Politik gilt, muß man sich folgendes überlegen:

Jede bisher bekannt gewordene Gesellschaft, jede Kultur bis zur Gegenwart wußte um die ungeheure Gefahr, die dem Menschen mit dem Neidenkönnen mitgegeben wurde. Kein bisheriges Gemeinwesen, keine bisherige Hochkultur, aber auch keine Kultur irgendeines schriftlosen Naturvolkes hat es bisher für nötig oder ratsam gehalten, die Heranwach-

senden zu Neidern zu erziehen. Vielmehr ging es immer und überall darum, mit sehr verschiedenen Erfolgsgraden, dem allgemeinen Neid aller gegen alle Riegel vorzuschieben. Daneben gab es natürlich immer auch Bemühungen, das Verhalten eines jeden so zu beeinflussen, daß er möglichst wenig Angriffsflächen für potentielle Neider bietet. Doch habe ich keinen Zweifel, daß die zur sozialen Mindestintegration einer Gesellschaft erforderliche Hemmung des Neidmotives in erster Linie durch die Entschärfung des Neidens und nicht durch das ständige Ausräumen, das Verhindern von neid-erregenden Eigenschaften und Verschiedenheiten in der Bevölkerung erreicht werden kann. Die zu unversöhnlichem Neid ausreichenden Unterschiede zwischen Menschen können nämlich, dafür gibt es unzählige Belege aus den verschiedensten Gesellschaften, winzig sein.

Man muß sich nun fragen, was auf unsere Gesellschaft zukommt, wenn seit wenigen Jahren ganze Kolonnen von Systemveränderern in der Bewußtseinsindustrie, in den Massenmedien, in Schulbuchverlagen, in pädagogischen Einrichtungen aller Art mit Fanatismus beschäftigt sind, unsere Kinder und Jugendlichen zu Neidern zu erziehen, zum Beneiden anderer zu sensibilisieren. Dem Ausbeutungs- und Benachteiligungsverdacht, der mit den spätmарxistischen Schablonen den Heranwachsenden eingeprägt werden soll, läßt sich mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Erfolgsberichten deshalb so schwer entgegenwirken, weil dieser Verdacht seine Wurzeln in zwei existentiellen Urformen des Beneidens, des Sichbenachteiligtfühlers hat: im Geschwisterneid und im Neid auf die länger Lebenden. Diese Erlebniskonstanten der menschlichen Stammesgeschichte konnten nicht verlorengehen, sie konnten nur kulturell und institutionell gemäßigt werden. Am Wesen des Menschen, der zu einem irrationalen Benachteiligungsverdacht angelegt ist, konnten alle bisherigen Überformungen und Bändigungen des Neidmotives sehr wenig ändern.

Nun ist die Bundesrepublik, verglichen mit allen anderen Ländern der Erde, wohl der am weitesten ausgebaute, der lückenloseste Versorgungsstaat. Hier gibt es vermutlich auch Grenzen für eine Politik der Mißgunst. Deshalb taucht ja jetzt der Vorschlag auf, in allen Gemeinden nicht weisungsgebundene Berater einzusetzen, die alle „sozial Benachteiligten über ihre Probleme informieren“ sollen. Als ob das unsere Massenmedien nicht ohnehin schon mit Eifer täten! Käme es zu diesem neuen Beruf des kommunalen amtlichen Mißgunstberaters und Neidanwalts, so wäre mit einem Schlag das Problem gelöst, wo die diplomierten Pädagogen, Soziologen und Politologen untergebracht werden sollen, die uns die Bildungsexpansion beschert hat.

Die Frage nach den Grenzen der gesellschaftlichen Polarisierbarkeit kann als Frage nach soziologischen, ökonomischen Gegebenheiten verstanden werden, sie kann aber auch als Frage nach normativen, nach verfassungsrechtlichen, nach moralischen Grenzen, ja nach den Grenzen der politischen Verantwortungslosigkeit aufgefaßt werden. Wieviel systematisch in die Aus- und Fortbildungswege und -inhalte eingebaute Neidweckung kann sich ein Gemeinwesen auf die Dauer gestatten?

Auf welcher Ebene wir die Bundesrepublik auch betrachten, nach ihrer geographischen Lage, nach ihrem Prozentsatz an Gastarbeitern, ihrer Unbequemheit für die geschlossenen Länder im Osten und nach ihren bisherigen Anstrengungen jeder nur erdenklichen Benachteiligung abzuhelfen – es gibt kein Land auf der Welt, in dem das Spiel mit der gesellschaftlichen Polarisierung, mit der ständigen Mißgunstmanipulation frivoler und am Ende vielleicht auch gefährlicher wäre. Zugleich ist die Bundesrepublik aber auch, wie meine Überlegungen zu zeigen versuchten, ein Land, in dem es völlig falsch ist, sich durch Polarisierungsprognosen zu unsinnigen Gesetzen und zu politischer Mutlosigkeit zwingen zu lassen. ■